



FRAGE

Die Pläne zur Beteiligung der Banken an den Krisenkosten konkretisieren sich. Danach plant die Bundesregierung eine Sonderabgabe für Banken. Die entsprechenden Erlöse sollen einem Fonds zufließen. Halten Sie eine solche Sonderabgabe für richtig?

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Damit bestraft man doch die, die es gut gemacht haben!

Dr. Hans-Joachim Haß Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.:

Ja, wenn dies international konzertiert erfolgt.

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Das wäre natürlich gerecht. Aber in einer Zeit, in der sich die Banken rekapitalisieren und ihre Kapitalbasis stärken müssen, ist das kontraproduktiv und geht zu Lasten der Kreditvergabe.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Man kann nicht die Banken zugleich entlasten und belasten. Sofern aber alle Banken belastet werden, weil einige entlastet werden, so läuft das auf eine Kollektivhaftung hinaus, die in keinerlei Hinsicht sinnvoll ist.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Nicht jede Bank hat im gleichen Umfang Mittel aus Soffin erhalten. Diejenigen Institute, die keine Mittel erhalten haben, sollten auch nicht mit Krisenkosten belastet werden. Die meisten derjenigen Institute, die Mittel erhalten haben, werden die Krisenkosten sowieso nicht zahlen können, da sie ansonsten in die Insolvenz gehen.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Ökonomisch ist eine solche diskriminierende Abgabe kaum zu begründen. Sie kann niemals hoch genug sein, um Externalitäten wie eine von Banken verursachte Systemkrise angemessen zu bewerten. Zudem sind solche externe Effekte durch Regulierung zu begrenzen. Politisch ist die Abgabe hingegen verständlich. Zur Vorbereitung einer umfassenden Budgetkonsolidierung, die Zumutungen für viele Interessengruppen und die meisten Wähler bringen wird, müssen die Verursacher der Krise zumindest symbolisch bestraft werden. Das kann die Akzeptanz für die nun unausweichliche Konsolidierung erhöhen.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das wäre eine Umsetzung des Verursachungsprinzips.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Statt die wirklichen Systemprobleme zu lösen, fallen den Politikern wieder einmal nur neue Abgaben ein. Eine generelle Bankenabgabe beseitigt keine Fehlanreize, sondern erschafft nur neue, indem alle für die Fehler einiger haften sollen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Banken sollten für staatliche Hilfe (Versicherung) einen Versicherungsbeitrag zahlen.

Prof. Dr. Roland Vaubel Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Politische Ökonomie, Universität Mannheim:

Im Grunde ist dies keine Abgabe, sondern ein Versicherungsbeitrag.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Die entsprechende Ausgestaltung ist wichtig. Allerdings ist der volkswirtschaftliche Schaden, der durch Exzesse im Banksystem und noch viel mehr bei den sog. Schattenbanken angerichtet wurde, erheblich. Deshalb ist eine Beteiligung dieser Akteure an den Kosten der Krise gerechtfertigt.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Banken, die die Finanzkrise bisher vergleichsweise gut bewältigt haben, werden belastet, obwohl sie nicht direkt von den Rettungspaketen profitiert haben. Bei den anderen Banken würden die Probleme dagegen sogar verstärkt werden.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Das ist ein populistischer Schnellschuss und ungerecht dazu. Die Sonderabgabe bedeutet, dass auch Banken, die sich nichts oder wenig haben zuschulden kommen lassen, herangezogen werden, um den angerichteten Schaden zu beheben. Dafür ist es aber jetzt zu spät. Stattdessen sollte man über höhere Eigenkapitalanforderungen, verschärfte Beraterhaftung, Offenlegung stark gehebelter Positionen, Verbesserung der Rating-Qualität und andere regulatorische Verbesserungen dafür sorgen, dass Risiko fairer gepreist und nicht mehr nahezu kostenfrei auf Anleger abwälzbar wird.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Weil hier diejenigen die Haftung übernehmen, die den Schaden verursacht haben.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wenn es darum geht, Risikokapital als Puffer für Finanzcrashes zu sammeln, dann ist das sinnvoll.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Dies wäre eine der Möglichkeiten, die Banken an den Kosten zu beteiligen. Aber eine viel engere Regulierung ist wichtiger



Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Krisenkosten sind von der Allgemeinheit zu finanzieren und nicht in erster Linie von jenen Banken, die keinerlei Staatshilfe in Anspruch genommen haben.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Alle Banken haben von den Staatseingriffen profitiert. Der Zeitpunkt einer solchen Abgabe ist aber kritisch. Den Banken jetzt dringend benötigtes Eigenkapital zu entziehen, kann kontraproduktiv wirken.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Abgabe ist angesichts der Stimmung im Lande so gut wie eine politische Notwendigkeit. Die richtigen präventiven Anreize setzt sie nicht.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Zu undifferenziert: Nicht jede Bank ist gleichermaßen an der Entstehung der "Krisenkosten" beteiligt.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Grundsätzlich erscheint eine solche Abgabe sinnvoll, denn sie würde die (Mit-)Verursacher der Finanzkrise zur Verantwortung ziehen, statt nur einseitig die Steuerzahler zu belasten. Insofern wirkt sie gleich doppelt: Einerseits werden die Steuerzahler entlastet und andererseits darf auch der symbolische Effekt einer solchen Maßnahme nicht unterschätzt werden. Durch eine Sonderabgabe für Banken würde der Staat den Bürgern deutlich machen, dass er die Bewältigung der Krise auch den Banken auferlegt. Allerdings sollte von einer pauschalen Regelung, wie bspw. einer ausschließlichen Orientierung an der Bilanzsumme, abgesehen werden, weil ansonsten Fehlanreize gesetzt werden. Es müssen deshalb bessere Regeln erarbeitet werden, wie besonders risikofreudige Institute stärker in Haftung genommen werden als solche, die seriös gehandelt haben. Zudem darf es keinen deutschen Alleingang in dieser Frage geben, weil eine solche Sonderabgabe einer internationalen Koordination bedarf, damit die deutschen Institute keine Wettbewerbsnachteile erleiden.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Fondslösung entspricht einer Krisenrücklage der Banken mit Versicherung auf Gegenseitigkeit. Allerdings muss Rücksicht darauf genommen werden, dass einige Bankengruppen bereits Vorsorge dieser Art betreiben. Außerdem muss die Abgabe möglichst risikoorientiert festgesetzt werden, dann sorgt sie in sinnvoller Weise für Haftung --- die bei der Finanzkrise zu oft fehlte.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Statt dem Finanzminister neue Einnahmequellen zu verschaffen, sollte eine Verpflichtung zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Kreditinstitute installiert werden.



Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Es sollte sich um eine Regelung handeln, nach der die Banken - alle Banken, d.h. einschließlich Landesbanken und Sparkassen - dauerhaft einen Konkursicherungsfonds finanziell unterhalten. Es sollte die Sonderabgabe nicht als Maßnahme dargestellt werden, durch die sich der Staat zurückholen möchte, was er zuvor an Hilfen geleistet hat. Dies tut er bei der Gewährung von Subventionen an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft auch nicht.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Banken sollten in Abhängigkeit ihres Geschäftsmodells in Risikoklassen eingeteilt werden. Diese liefern die Grundlage für die Höhe ihrer Sonderabgaben.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Nach welchem Kriterium soll man festlegen, ob und ggf. inwieweit eine Bank „Krisenkosten“ verursacht hat? Eine Bankenabgabe würde lediglich populistischen Begehrlichkeiten Rechnung tragen.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Eine angemessene Besteuerung des Bankensektors ja, Sonderabgabe nein.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Nur Teile sollten entsprechend einer anreizkompatiblen Steuerung entsprechend der Risikoexposition dafür eingesetzt werden, andere Teile als Abgabe zugunsten einer Tilgung der Staatsschulden, wobei damit der Staat eine Verpflichtung zur Schuldentrückführung eingehen muss. Denn der Bankenfonds kann nur Krisen im Vorfeld verhindern bzw. mindern; kommt es zur Kernschmelze, hilft nur der Staat und der muss belastbar sein. Weiterhin sollten für beide Abgabekomponenten die Anreize so gesetzt werden, dass sie mit verringerten Boni und erhöhten Zuführungen zum Eigenkapital kompatibel sind. Ich nehme dabei Bezug auf entsprechende Ausführungen meinerseits seit rund einem Jahr.

FRAGE

Finanzminister Wolfgang Schäuble hat die Idee zur Gründung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) aufgenommen. Er soll ähnliche Durchgriffsrechte wie der IWF haben. Künftig könnte der EWF die Schulden eines Landes aufkaufen und stünde der Regierung des Landes dann als Hauptgläubiger mit entsprechenden Einflussmöglichkeiten gegenüber. Brauchen wir einen EWF?

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Wir brauchen eine koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik – da führt halt kein Weg dran vorbei!

Dr. Hans-Joachim Haß Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.:

Der IWF steht mit seinem Instrumentarium auch Euro-Ländern zur Verfügung.



Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Noch mehr moral hazard.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Ja, wenn er Durchgriffsrechte hat.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der IWF ist gegründet worden, um Zahlungsbilanzprobleme von Ländern mit unterschiedlichen Währungen abfangen zu können. Wir haben eine Einheitswährung und wir haben eine No-bailout-Klausel. Ein EWF würde nur darauf hinauslaufen, die No-Bailout-Klausel zu unterlaufen und überschuldeten EU-Staaten doch staatliche Kredite zu Sonderkonditionen zu gewähren.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Währungsunion hat mehrere gravierende Konstruktionsfehler, die auch durch eine weitere europäische Institution nicht geheilt werden können. Wir leben in einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, die nationalen Volkswirtschaften laufen nicht synchron. Griechenland hatte jahrzehntelang eine Weichwährung, kann durch die Einheitswährung Euro aber aktuell nicht abwerten wie England. Man sollte eher über Ausstiegsszenarien aus der Euro-Zone nachdenken als den aktuellen Währungszustand noch zu manifestieren. Die nächsten Kandidaten stehen ja bereits vor der Tür. Außerdem - wer soll denn eigentlich den Gründungsstock für den EWF darstellen? Schon wieder der deutsche Steuerzahler?

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Ein europäischer IWF würde niemals ernsthaft strukturelle Reformen durchsetzen, weil die Mehrheit der Bevölkerung in Europa Kürzungen von Sozialleistungen niemals akzeptieren wird. Ein solcher Fonds wird ein reines Umverteilungsinstrument sein, das die Staatsschulden sozialisiert.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Schon alleine die Tatsache, dass die Europäer im Kontext der Griechenland-Krise den IWF außen vor lassen, zeigt, dass sie politischen Einfluss auf alle Rettungsmaßnahmen behalten wollen. Genau dies wäre aber die Krux des EWF: Die Maßnahmen dieses Fonds wären immer starker politischer Einflussnahme durch die Regierungen ausgesetzt. Dies würde es nicht erlauben, dass der neue Fonds Reputation als strenger Schuldenwächter und kosequenter Sanktionierer aufbauen könnte. Die Gefahr wäre groß, dass er zum Instrument eines umfassenden Bailout mutieren würde.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Krisenbewältigung soll innerhalb der Euroraumes stattfinden.



Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

Wir haben schon den IWF, der diese Aufgabe erfüllen kann. Ein EWF würde leicht zum einem Interventionsinstrument der EU degenerieren und zum Spielball divergierender nationaler Interessen werden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Europäische Institutionen gibt es mehr als genug. Das ganze würde nur auf eine Umgehung der Haftungsregeln im Euroraum hinaus laufen. Hier ist der IWF gefragt, dafür gibt es ihn schließlich.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Das wären zu viele Behörden. Es gibt den IWF.

Prof. Dr. Roland Vaubel Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Politische Ökonomie, Universität Mannheim:

Der EWF würde alle Eigentümer griechischer Staatsanleihen subventionieren. Stattdessen sollten die einzelnen Mitgliedstaaten gezielt ihre angeschlagenen Banken stützen, wenn diese durch einen griechischen Staatsbankrott in Schwierigkeiten kommen.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Zwei Dinge wurden mit der Griechenlandkrise offensichtlich: 1) Der Schaden einer Zahlungsunfähigkeit Griechenlands für das Gesamte Eurosystem wäre zu groß, um ihn zu tolerieren. 2) Die Mitgliedsländer haben kein geeignetes Instrumentarium, um dieser Situation wirksam zu begegnen. Deshalb ist ein Instrument, z.B. ein "EWF", nötig, das einerseits ein geordnetes Verfahren vorsieht, und andererseits keinen Anreiz zur Überschuldung auf Kosten der Nachbarn gibt.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Ein solcher Fonds steht in Widerspruch zu den EU-Verträgen. Erforderlich ist eine konsequente Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die EZB könnte aber weiterhin Anleihen als Collateral von Ländern mit einem Rating unter A akzeptieren, allerdings nur mit größeren Abschlägen - die sich wiederum an dem Ausmaß der Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes orientieren.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Ob man es EMF nennt oder anders, ist egal. Was die Währungsunion braucht, um langfristig als solche zu überleben, ist eine funktionierende fiskalische Koordination unter den Mitgliedsländern. Die Maastricht-Kriterien waren ein dürftiger Versuch, dieses Manko eines nicht optimalen Währungsraumes mit heißer Nadel zu beheben, und es ist ein Wunder, dass dies so lange gut gegangen ist. Die Entscheidung, ob die anderen Länder der EWU Griechenland & Co. retten, wird nicht heute getroffen. Sie ist vor 18 Jahren gefallen.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Ein EWF hätte weitestgehende politische Unabhängigkeit und wegen der klaren Sanktionsmöglichkeiten.



Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Ein EWF löst keine Probleme – bloße Symptombehandlung. Vielmehr ist erforderlich, dass auch in der Politik Handeln und Haften zusammengeführt werden.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wir haben ja schon den IWF, der das Gewünschte leisten kann. Wozu also eine Parallelinstitution, die außerdem schwächer wäre als der IWF?

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Der EWF wird sich nicht von der Politik in der Eurozone genügend abgrenzen können. Man braucht einen wirklich unabhängigen Mechanismus und hier hilft nur der IWF.

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Schäuble meint, mit einem Fonds die Währungsunion zusammenhalten zu können. Aber ein EWF kann niemals so harte Auflagen machen wie der IWF, der weniger politische Rücksichten auf europäische Schuldner zu nehmen hat. Die Existenz eines EWF wird Regierungen zum Schuldenmachen ermuntern und die Währungsunion in eine Schuldenunion transformieren. Das wird den Euro auf eine abschüssige Bahn ins Aus bringen.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Wir brauchen einen institutionalisierten Rahmen, wie in Fällen wie der Griechenland-Krise zu verfahren ist. Das muss eine staatliche Insolvenz nicht ausschließen, sondern vielmehr die Regeln dafür bereitstellen. Wenn ein EWF dies leistet, wäre er zu begrüßen. Die Zielrichtung des EWF darf aber nicht sein, lediglich Bail-Outs zu organisieren. Da zudem die Erfahrung mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zeigt, dass unbequeme Regeln von den EU-Staaten gerne aufgeweicht werden, ist eine intensive Diskussion über Ziele und Ausgestaltung eines EWF notwendig.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Sinnhaftigkeit steht und fällt damit, wie ein solcher Fonds konstruiert wird. Wenn er nicht mit der Unabhängigkeit ausgestattet wird, sich bei Schuldnerländern richtig unbeliebt zu machen, ist er für die Katz.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Der EWF wäre die institutionalisierte Außerkraftsetzung der No-bail-out-Regel: Der EWF lädt alle EWU-Mitglieder zum erhöhten Moral Hazard ein, denn - anders als beim IWF - wären in seinen Entscheidungsgremien alle - tatsächlichen und potentiellen - Sünder der Euro-Zone versammelt. Die Anreizkompatibilität für regelkonformes und stabilitätsorientiertes Verhalten der EWU-Mitglieder würde noch mehr reduziert, als dies jetzt schon der Fall ist.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Frage ist zu bejahen, wenn man unter dem EWF ein geregeltes Insolvenzverfahren für Staaten der EU/EWU versteht, denn dieses fehlt aktuell in den Verträgen von Maastricht. Insofern könnte ein EWF Ländern, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, unter der Auferlegung strikter (Spar-)Maßnahmen helfen. Allerdings sollte ein EWF lediglich das letzte Mittel darstellen. Zuerst sollte man darüber nachdenken, wie man den Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken kann. Hier müssen neue Regeln gefunden bzw. bestehende Regeln konsequenter angewandt werden, wie man der "kreativen Buchführung" zur Beschönigung der Haushaltslage Einhalt gebieten kann. Dabei sollte z.B. die europäische Statistikbehörde Eurostat mehr Einfluss erlangen. Setzte man dies um, so wäre es zwar gut, wenn man den EWF als letzte Instanz haben würde, allerdings sollten die vorgeschalteten Ebenen einen Einsatz des EWF in der Regel verhindern. Es gilt, jetzt rechtzeitig ein Sicherheitsnetz aufzuspannen, um für den Fall gerüstet zu sein, dass das Anpassungsprogramm im Falle Griechenlands scheitert, und vor allem, um Beitrittskandidaten zu verdeutlichen, dass Solidarität in einer Währungsunion immer beidseitig zu verstehen ist. Marktdisziplin kann nur dann hergestellt werden, wenn ein Staatenkonkurs möglich wird, da sich seine Kosten für Dritte durch finanzielle Belastungen und Ansteckungseffekte im Rahmen halten. Das EWF-Modell von Daniel Gros und Tom Mayer erscheint hierzu im Hinblick auf den anreizkonformen Finanzierungsmechanismus, die Konditionalität einer Finanzhilfe, die Durchsetzung der Selbstverpflichtungen der Länder zu Haushaltssolidität und die Ermöglichung eines sauberen Konkurses sehr geeignet.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Das Modell hat seinen Charme, könnte die Entschuldung der EWU-Länder aber zu sehr zum Normalfall machen. Die Eurozonen-Länder könnten dafür in Notfällen mit dem IWF zusammenarbeiten und weiterhin auf interne Bail-out-Mechanismen verzichten.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Ein EWF widerspricht dem Grundgedanken von Maastricht und belohnt finanzpolitischen Schlendrian. Er liefert nachträglich den Gegnern der Euro-Einführung Argumente zu ihrer damaligen Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Der EWF wäre viel zu nahe an den politischen Schaltstellen (Eurogruppe) und würde mit Sicherheit politisiert und könnte im Ernstfall nicht nach objektiven Kriterien entscheiden. Die Politiker sollten nicht immer wieder das gleiche Spielchen betreiben: die Gründung einer neuen Institution, weil sie selber nicht bereit oder in der Lage sind, die anstehenden Probleme direkt zu lösen. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt muss nur konsequent angewendet werden, auch von Deutschland. Im übrigen haben wir den IWF, gegenüber dem ein Rechtsanspruch auf finanzieller Unterstützung besteht, allerdings unter Inkaufnahme harter Bedingungen. Das gefällt offenbar dem einen oder anderen europäischen Politiker nicht.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Ein EWF verzerrt die Märkte für Staatsanleihen. Eine Sanktionierung durch die Kapitalmärkte ist für eine Haushaltsdisziplin völlig ausreichend.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Wir brauchen lediglich Standhaftigkeit bei der Anwendung bestehender Regeln und Vertrauen aller darauf, dass das immer so sein wird. Die Schaffung eines EWF würde das Gegenteil signalisieren.



Lothar Heßler Direktor Treasury Research, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG:

Die No-bail-out-Klaseel darf nicht untergraben werden.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wenn der EWF das gleiche können soll wie der IWF, braucht man ihn nicht. Die verstärkten Durchgriffsrechte sind eine zweischneidige Sache, weil der EWF teil der EU wäre. Man stelle sich Griechenland mit einem deutschen Sparkommissar im Haus vor. Außerdem: Wie unabhängig könnte ein EWF operieren. Wenn er von Weisungen des Europäischen Rates abhängig ist, dürfte der Einfluss ohnehin begrenzt sein. Unklar ist auch bei den Dimensionen, um die es beim Schuldenaufkauf gehen kann – im Fall Griechenlands ist schon von 330 Mrd. € die Rede, wer für die Summe haftet und wie weit nicht doch auch die Haftungsgeber – also die EU-Länder – in ihrer Kreditwürdigkeit herabgestuft werden.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Nein, zumindest nicht in der bisher unausgegorenen und nicht anreizkompatiblen Form!

Dr. Jörg Krämer Chefvolkswirt, Commerzbank:

Der EWF hat einen gravierenden Konstruktionsfehler: Man kann nicht Regeln für solide Staatshaushalte fordern und gleichzeitig die Länder durch Hilfen belohnen, die gegen diese Regeln verstoßen.

FRAGE

Im Kampf gegen die anhaltende Kostenexplosion im Gesundheitswesen diskutiert die schwarz-gelbe Koalition unterschiedliche Konzepte:

Nach den Plänen von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler sollen Krankenkassen künftig unmittelbar nach der Einführung neuer Medikamente mit den Herstellern in Preisverhandlungen eintreten können. Kommt es binnen Jahresfrist nicht zu einer Einigung, soll das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) eine Kosten-Nutzen-Analyse erstellen und schließlich auch Höchstpreise festlegen. Halten Sie einen solchen Weg im Kampf gegen die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für zielführend?

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

... denn es führt über regulierte Preise an Stelle von temporären Monopolpreisen dazu, dass es deutlich geringere Anreize für Forschung und Entwicklungsaufwendungen gibt – und eines ist sicher, der nächste Aids-Virus kommt bestimmt, heißt aber anders.

Dr. Hans-Joachim Haß Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.:

Das klingt nach Planwirtschaft.



Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Zu komplex strukturiert.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Da es aus verschiedenen Gründen keine unmittelbare Kontrolle durch die Endnachfrager (Patienten) gibt, muss beurteilt werden, inwieweit eine Innovation mit einem Nutzenzuwachs verbunden ist, welcher die zusätzlichen Zahlungen rechtfertigt.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen muss zu Lasten der Pharmaindustrie eingedämmt werden, da sollte man über die beschriebene Maßnahme nachdenken.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Man soll alle Wege nutzen, um eine Kostendämpfung zu erreichen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist viel zu planwirtschaftlich gedacht. Besser wäre es, den Reimport von Arzneimitteln stärker zu nutzen, um den Wettbewerb zu intensivieren.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Durch die Androhung eines staatlich festgelegten Höchstpreises besteht für die Pharmahersteller ein wirksamer Anreiz zur Einigung mit den Krankenkassen. Das Ausmaß der möglichen Kosteneinsparungen einer solchen Verhandlungslösung ist allerdings nur sehr schwer einzuschätzen.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG:

Preisgrenzen sind das falsche Instrument. Sie dürften, wenn überhaupt, nur befristet gelten, bis mehr Wettbewerb in der Lage ist, für niedrigere Preise zu sorgen. Hier sind in der Vergangenheit Fehler in der Wettbewerbsaufsicht gemacht worden, weil man aus politischer Opportunität die Entstehung von Oligopolen im Bereich der Medikamentenhersteller zugelassen hat. Nun wird es schwierig, deren Preissetzungsmacht zu brechen. Dennoch sind Preisgrenzen der falsche, weil nicht marktkonforme Weg.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Es muss aber sicher gestellt werden, dass innovative Arzneimittel zeitnah verfügbar sind; evtl. durch entsprechende neue Versicherungstarife. Außerdem muss der Arzneimittelmarkt europaweit geöffnet werden.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Wichtig ist allerdings, dass die GKV dem Kartellrecht unterstellt wird.



Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Käufer und Verkäufer sollten über Preise des Produkts verhandeln können.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Grundsätzlich geht es in die richtige Richtung. Letztendlich ist eine eng begrenzte Positivistik notwendig von Präparaten, die von den Kassen übernommen werden. Dies ist ein Schritt auf diesem Weg.

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es ist sicherlich nicht der Königsweg, aber solange kein funktionsfähiger Wettbewerb zwischen Krankenkassen und zwischen Apotheken etabliert werden kann, ist Rösler's Plan des Versuchs wert.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Verhandlungslösungen sind grundsätzlich staatlichen Preisfixierungen vorzuziehen. Bei den Verhandlungen kommt es aber sehr auf das "Verhandlungsdesign" an.

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Dass Pharmakonzerne und Krankenkassen die Preise für Medikamente frei aushandeln können, ist sicherlich ein lobenswerter Ansatz, der auch das Potential hat, Kosten im Gesundheitswesen einzusparen. Allerdings erscheint der Vorschlag von Minister Rösler insofern problematisch, als die Pharmakonzerne den Nutzen ihrer Medikamente selbst nachweisen dürfen. Hier ist Spielraum für Manipulation gegeben. Pharmakonzerne werden dazu verleitet, den Nutzen übertrieben hoch darzustellen, um dann im Zuge der Verhandlungen (vermeintliche) Preisnachlässe zu gewähren. Letztendlich wäre damit aber nichts gewonnen und insofern sollte der Nutzen durch eine unabhängige Instanz geklärt werden, die dann einen Preisvorschlag als Verhandlungsbasis unterbreitet.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Es hilft zumindest und setzt die richtigen Anreize.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine weitere Regulierung der Medikamentenpreise ist zu vermeiden. Die Anbieter erfahren auf den Weltmärkten, zu welchen Preisen sie ihre Medikamente absetzen können.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Im Pharmasektor brauchen wir wie anderswo im Gesundheitssektor mehr Wettbewerb mit freiem Marktzugang und freier Preisbildung. Auch eine verstärkte Selbstbeteiligung der Versicherten würde helfen, den Arzneimittelkonsum zu begrenzen. Das Ausmaß der Selbstbeteiligung müsste der Versicherte frei wählen dürfen.



Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:
Es ersetzt ein planwirtschaftliches Folterinstrument durch ein anderes.

FRAGE

Innerhalb der Union wird dagegen ein "Pharma-Soli" erwogen. Danach soll der geltende Zwangsrabatt, den die Pharmahersteller den Kassen geben müssen, von sechs Prozent auf 16 Prozent erhöht werden, um die Pharmaindustrie an erwarteten Finanzierungsdefiziten zu beteiligen. Halten Sie ein solches Vorgehen aus volkswirtschaftlicher Sicht für richtig?

Dr. Hans-Joachim Haß Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.:

Die Innovationsfähigkeit der Pharmahersteller wird beeinträchtigt.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Problem der Forschungshemmung.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das löst das o.a. Problem nicht.

Dr. Manfred Schwaren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Umverteilungen mit der Gießkanne sind nicht zielführend.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es handelt sich hier nicht um einen freien Markt, auf dem der Wert der Produkte offensichtlich und die Menschen autonom entscheiden können.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Ein höherer Rabatt löst das Grundproblem nicht, dass Pharmahersteller die Preise selbst festlegen können. Eine Erhöhung des Rabatts würde sehr wahrscheinlich zu einem entsprechenden Anstieg der Bruttopreise führen, wodurch das Ziel einer Kostendämpfung konterkariert würde.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Die Arzneimittelkosten sind in den letzten überproportional gestiegen. Dies ist ein Indikator für die Preissetzungsmacht der Arzneimittelunternehmen.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Die finanzielle Ausgangslage verlangt m.E. einer solchen direkten Eingriffe derzeit nicht. Die Direktverhandlungen zwischen Pharmafirmen und privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen sind der richtige wettbewerbsorientierte Weg. Auch hier ist eine weitere Öffnung des europäischen Binnenmarktes gefordert.



Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Das wäre ein staatlicher Eingriff in den Markt. Prozesspolitik! Gefordert ist vielmehr Ordnungspolitik.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ein Zwangsrabatt wird vermutlich im Vorfeld auf den Einführungspreis eines Medikaments gleich draufgeschlagen. Er würde mittelfristig verpuffen.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das ist eine undifferenzierte Steuer mit allen möglichen potentiell negativen Steuerungswirkungen

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Der Pharma-Soli dient einer Umverteilung der Lasten. Röslers Plan dagegen zielt auf Kostensenkung. Das ist besser.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Verhandlungen über Preise sind ordnungspolitisch besser als ein sog. "Pharmasoli".

Prof. Dr. Ansgar Belke Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Eine solche Pauschallösung kann nicht der richtige Weg sein, um auch kurzfristig den steigenden Gesundheitsausgaben entgegenzutreten, denn hierdurch würden alle Arzneimittelhersteller pauschal belastet. An dieser Stelle sollten differenzierte Möglichkeiten erdacht werden. Arzneimittelpreise sollten unabhängig begutachtet und daran anschließend ein Preisvorschlag unterbreitet werden. Den letztendlichen Preis würden dann Krankenkassen und Pharmakonzerne miteinander verhandeln. Eine solche Methode ist sicherlich nachhaltiger, auch wenn die Umsetzung sicherlich Zeit in Anspruch nehmen wird.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Ausgaben für pharmazeutische Produkte steigen in Deutschland seit langem überproportional. Bisher wurden immer wieder Sondervereinbarungen vom Typ des „Pharma-Soli“ getroffen, die keinen anhaltenden Effekt hatten. Angesichts der Höhe der Arzneimittelpreise im internationalen Vergleich entsteht der Eindruck, dass die Hersteller hierzulande Kartellrenten erzielen, die sie sich fallweise mit den Krankenversicherungen teilen, damit die bisherigen Rahmenbedingungen erhalten bleiben. Das Problem durch neue Regeln für die Preissetzung gezielter zu adressieren, ist zumindest einen Versuch wert.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Dies ist zu pauschal, sachlich nicht nachvollziehbar (warum 16 Prozent und nicht 20 oder sonst einen Satz?) und ohne die erwünschten Anreizwirkungen auf Kostensenkung.



Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre,
Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Es reicht aus, die Medikamente zu Weltmarktpreisen zu beziehen. Ein Zwangsrabatt führt zu einer Gegenreaktion der Pharmahersteller.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es bliebe bei einem dirigistischen Eingriff, der nicht zu rechtfertigen ist.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Analog zu oben. Dies sind alles keine Methoden, Transparenz am Markt über die wahren Gesundheitskosten zu erzeugen, die allein auf Dauer die Nachfrage den finanziellen Möglichkeiten anpasst.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Das ist noch mehr Sozialismus im Gesundheitswesen.